

# Rechtspropaganda und Rechtserziehung

## Zusammenarbeit des Staatsanwalts mit der Betriebszeitung des Kombinats VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht“

RUDOLF BAHN,

Staatsanwalt des Kreises Merseburg

RENATE HÖRMANN,

wiss. Assistent an der Akademie für

Staats- und Rechtswissenschaft der DDR

Fester Bestandteil des Ringens um kontinuierliche und qualitätsgerechte Planerfüllung sind die Wettbewerbsinitiativen der ca. 30 000 Werktätigen des Kombinats VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht“ zur Förderung einer vorbildlichen Ordnung, Disziplin und Sicherheit. Sie sehen darin zugleich wesentliche Bedingungen zur Einhaltung und Festigung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit, zur Schaffung kulturvoller Arbeitsbedingungen und zur weiteren Herausbildung sozialistischer Denk- und Verhaltensweisen. Daß dieser Prozeß nicht immer konfliktlos verläuft, äußert sich u. a. in Verstößen gegen betriebliche Weisungen, in Ordnungswidrigkeiten, aber auch in anderen Rechtsverletzungen. Die Betriebszeitung „Leuna-Echo“ bemühte sich in den zurückliegenden Jahren solchen Erscheinungen — die nicht selten als ökonomische Hemmnisse wirksam wurden — entgegenzuwirken. Sie hat ideologische Auseinandersetzungen gefördert und andererseits Einfluß auf die Verallgemeinerung vorbildlicher Verhaltensweisen genommen, wie sie z. B. in der Massenbewegung für Bereiche vorbildlicher Ordnung, Disziplin und Sicherheit zum Ausdruck kamen.

In Vorbereitung und Auswertung des X. Parteitag der SED wurde vom Staatsanwalt des Kreises in Abstimmung mit den Leitern des Betriebsschutzamtes und der Kriminalpolizei ein planmäßiges Zusammenwirken mit der Betriebszeitung entwickelt. Es hat sich inzwischen bewährt und erscheint verallgemeinerungswertig.

### Formen der Zusammenarbeit mit der Betriebszeitung

Für eine planmäßige Zusammenarbeit aus der Sicht des Staatsanwalts sprach vor allem die Tatsache, daß er sowohl über Informationen aus der eigenen Verfahrensbearbeitung als auch aus der Tätigkeit der anderen Justiz- und Sicherheitsorgane sowie der gesellschaftlichen Gerichte verfügt. Diese Informationen sollten differenziert und gezielt auch über die Betriebszeitung für die rechts-erzieherische Arbeit in diesem volkswirtschaftlich bedeutenden Kombinat wirksam gemacht werden. Zugleich sollte das „Leuna-Echo“ genutzt werden, Rechtsfragen wirkungsvoller in die politisch-ideologische Bildungs- und Erziehungsarbeit im Betrieb einzuordnen. Im Mittelpunkt stand das Anliegen, über bisherige Aktivitäten zur Auswertung von Einzelverfahren im jeweiligen Kollektiv hinaus alle Kombinatangehörigen zu erreichen.

Die staatsanwaltschaftliche Initiative trug dazu bei, daß die Betriebszeitung einen hauptamtlichen Redakteur mit dem Zuständigkeitsbereich „Recht und Gesetzmäßigkeit“ erhielt und ein ehrenamtliches Redaktionskollektiv (Beirat) gebildet wurde, dem u. a. Vertreter des FDGB und anderer gesellschaftlicher Kräfte des Kombinats, der Leiter der Abteilung Produktionssicherheit, ein Justitiar, der Leiter der Kriminalpolizei und der Kreisstaatsanwalt angehören.

Die Redaktion gewährleistet, daß zweimal wöchentlich eine Seite der Betriebszeitung unter der Überschrift „Alles was Recht ist“ erscheint. Aut die inhaltliche Ausgestaltung nimmt der ehrenamtliche Beirat wesentlichen Ein-

fluß. Er tagt monatlich einmal und arbeitet auf der Grundlage eines Halbjahresplans, in dem die Schwerpunkte der Rechtsarbeit und ihnen entsprechende Publikationsvorhaben enthalten sind.

Die Gestaltung der Rechtsseite (Formenvielfalt Bildmaterial usw.) liegt in der Verantwortung des Redakteurs. Es bewährt sich jedoch, daß der Beirat in jeder Beratung eine kritische Wertung der Veröffentlichungen vornimmt und zugleich eine orientierende Hilfe für die künftige Arbeit gibt.

Der Staatsanwalt nutzt vor allem folgende Möglichkeiten, das „Leuna-Echo“ in der Rechtsarbeit konkret zu unterstützen:

- Information des Beirats über allgemeine Tendenzen und aufgetretene Schwerpunkte der Kriminalität im Kombinat und im Kreisgebiet;
- Hinweise auf Einzelverfahren, soweit sie für das Kombinat von Bedeutung sind oder sich aus ihnen allgemeine Lehren ergeben, die die Unduldsamkeit gegenüber Rechtsverletzungen entwickeln helfen;
- Hinweise auf bevorstehende Gerichtsverhandlungen bzw. auf Beratungen von Konfliktkommissionen speziell in Arbeitsrechts- und Strafsachen, wenn sie geeignet sind, insbesondere ideologische Zusammenhänge, Motive, begünstigende Bedingungen und ökonomische Auswirkungen von Rechtsverletzungen zu verdeutlichen;
- Information über Schulungen, Aussprachen, Verfahrensauswertungen oder andere Formen der Öffentlichkeitsarbeit der Staatsanwälte im Kombinat;
- Mitgestaltung der Rechtsseite durch die Staatsanwälte in verschiedenen Formen (z. B. Kurzaufsätze, Interviews).

Wenn die Leuna-Werker heute die Rechtsseite als besonders interessanten und nicht selten sogar vorzugsweise gelesenen Teil ihrer Betriebszeitung nennen, dann nicht zuletzt wegen ihrer Lebensnähe, ihrer Lebendigkeit, ihres erzieherischen Wertes und ihrer differenzierten und ansprechenden Formen.

### Vorbeugende und erzieherische Wirkung

Das „Leuna-Echo“ ordnet Rechtsfragen zunehmend in die jeweiligen politisch-ökonomischen Gesamtaufgaben ein; die Rechtsseite ist in ihrer Grundaussage damit verknüpft. Davon geht auch der Staatsanwalt des Kreises aus. Ihm geht es vorrangig darum, Impulse zu vermitteln, die den Prozeß der weiteren Vorbeugung gegenüber Rechtsverletzungen, der konsequenten Auseinandersetzung bei leichtfertigem Umgang mit anvertrautem Volksvermögen sowie ungenügender Wahrnehmung von Verantwortung und nicht zuletzt der weiteren Herausbildung sozialistischer Persönlichkeiten fördern. Dafür gibt es mannigfaltige Ansatzpunkte, ohne etwa Mehrarbeit zu organisieren. Es erweist sich z. B. als gut, daß die Untersuchungsorgane und die Kontrollkräfte des Kombinats bei der Untersuchung von Rechtsverletzungen Wert auf die Feststellung der Motive für Fehlverhaltensweisen und auf die Aufdeckung begünstigender Bedingungen legen. Der Staatsanwalt nimmt darauf Einfluß, daß diese Feststellungen in geeigneter Weise in die Arbeit der Betriebszeitung eingehen. Dort entwickeln sich dann nicht selten Diskussionen, in denen Werktätige über eigene Erfahrungen berichten, und die von der Redaktion solange fortgesetzt werden, bis ein kritischer Zustand verändert ist. Das geschieht auch mitunter nach staatsanwaltschaftlichen Protesten oder anderen Aufsichtsmaßnahmen. So wird eine wesentlich größere Wirksamkeit erreicht und die Öffentlichkeit des Kombinats als breites Forum genutzt.

Über Verfahren vor den Gerichten und Beratungen